

Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Die Linken und die Mittigen sind die Verursacher des neuen Einflusses der Rechten und sie bilden den gedanklichen Zaun, der den Menschen den Weg in die Freiheit und den Wohlstand ohne Zukunftsangst versperrt.

von
Tristan Abromeit

November 2018

Text 160.1

www.tristan-abromeit.de

Anhang

Über ein notwendiges freiwirtschaftliches oder NWO- Manifest zur Lage und zu den Möglichkeiten Deutschlands und Europas in heutiger Zeit

- für die Bürger Deutschlands und Europas als parteiunabhängige
Orientierungshilfe für ihre politische Willensbildung -

von
Tristan Abromeit
28.- 30. 12. 2017

Text 160.2

>> Zukunft der EU: Emmanuel Macron fordert Neugründung der EU

Frankreichs Präsident hat in einer Grundsatzrede seine Vision für Europa vorgestellt. Konkret will er unter anderem einen gemeinsamen EU-Haushalt und eine EU-Asylbehörde.

26. September 2017, 17:52 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE, AFP, dpa, Reuters, vvo
[731 Kommentare http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-09/zukunft-eu-emmanuel-macron-rede](http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-09/zukunft-eu-emmanuel-macron-rede) <<

oooooooooooooooooooooooooooooooo

Unsere Kanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, wird dagegen als schlaff beschrieben und sie habe sinkende Zustimmungquoten. Eine neue große Koalition wird – wenn sie zustande kommt – die sozialen Zwangskollektive und den wirtschaftspolitischen Interventionismus, Etatismus und Zentralismus stärken. Große Erwartungen werden mit einer großen Koalition nicht verknüpft. Wenn Neuwahlen kommen, sind ebenfalls keine guten Ergebnisse zu erwarten, weil sich die inhaltlichen Profile der Parteien nicht groß verändert haben und die Wähler nicht aufgeklärter sind wie bei der letzten Wahl.

Eine Sehnsucht nach Visionen und Utopien macht sich bemerkbar. DIE ZEIT kündigt für die aktuelle Ausgabe unter einer geteilten Schlagzeile:

„Wir brauchen Utopien ... für den Kapitalismus

zwei Artikel an:

Wer Zukunft entwirft, ist kein bloßer Träumer. Indem wir uns das perfekte Morgen ausmalen, erkennen wir, wo es im Hier und Jetzt hakt.
und

Was könnte ein sehr reicher Staat mit seinem Geld tun? Er sollte seinen Bürgern einen Freifahrtschein für Reisen und Bildung schenken. Damit ließen sich viele gesellschaftliche Probleme lösen.

In der HAZ vom 28. 12. 2017 ist folgende Überschrift zu lesen:

„Es fehlt an politischer Fantasie“
Robert Habeck über den Ruf von Politikern, die Stimmung bei den Grünen und das Glück im Moor¹

Im Text heißt es:

¹ Robert Habeck (48) ist seit 2012 Umweltminister von Schleswig-Holstein – zunächst unter dem SPD-Ministerpräsidenten Torsten Albig, seit 2017 in einer Jamaika-Koalition unter Ministerpräsident Daniel Günther (CDU). Vor Kurzem kündigte der Grünen-Politiker an, im Januar für den Vorsitz seiner Partei kandidieren zu wollen. Habeck studierte Philosophie, Germanistik und Philologie, wurde Schriftsteller und veröffentlichte mehrere Romane. Zudem promovierte er im Fach Philosophie. Habeck ist mit der Schriftstellerin Andrea Paluch verheiratet. Das Paar hat vier Kinder.

Herr Habeck, was hat Sie 2017 gelehrt?

Es war ein krasses Jahr. Politisch hat mir 2017 gezeigt: Trotz AfD, trotz Wahl in Österreich – der politische Diskurs verschiebt sich nicht von allein nach rechts, man kann, man muss ihn ändern, siehe Frankreich. Wer die freiheitliche, offene Gesellschaft als Thema spannend macht, der kann Trends drehen. Also gilt für 2018: Hintern hoch, raus aus dem Sessel und ran an die Arbeit.

Hat in diesem ausgesprochen wendungsreichen Jahr das Ansehen von Politikern gelitten?

Das Ansehen von Politikern ist generell schlecht. Das besorgt mich. Das Vertrauen in die Demokratie schwindet, das schafft Raum für billigen Populismus. Aber Politiker haben es auch selbst zu verantworten, wie über sie geredet wird. „Die da oben machen, was sie wollen“ – wir lassen dieses Zerrbild zu. Politiker zu sein bringt die Verpflichtung mit sich, sich als Teil der Gesellschaft zu verstehen und nicht bloß der eigenen Partei verbunden zu fühlen.

Haben sich die Jamaika-Sondierer daran gehalten?

Die Parteitaktik saß da schon oft sehr präsent mit am Tisch und hat vielleicht am Ende auch den Ausschlag gegeben, dass die FDP die Türen zugeschlagen hat. Dass Jamaika im Bund nicht zustande kam, ist aber auch dem erstaunlichen Maß an Unprofessionalität aller Beteiligten geschuldet. Wir erleben gerade den schmerzhaften Übergang in eine zersplitterte Parteienlandschaft. In den Ländern können wir damit umgehen, das alte Lagerdenken ist dort überwunden. Auf Bundesebene aber sind wir ratlos. Es fehlt an politischer Fantasie, Kraft und Geschick.

...

Auch religiöse Formen der Sehnsucht nach einer Erlösung von den Bedrängnissen und Ungewissheiten unserer Zeit werden geäußert. Neulich erhielt ich per E-Mail folgende Nachricht:

Denn unsere Heimat ist im Himmel.
Von dorthier erwarten wir auch Jesus Christus, den Herrn, als Retter.

Jeder von uns könnte ganze Bücher füllen mit Aussagen, die Ratlosigkeit und Unsicherheit in Bezug auf den Weg in nahe und fernere Zukunft von einzelnen Bürgern, der Medien und den Organisationen der verschiedensten Art ausdrücken. Gruppendynamisch gesehen befindet sich unsere politische Klasse und unsere Gesamtgesellschaft in der Phase des Suchens, weil alte Orientierungen ihre Kompassfunktion verloren haben. Unsere Gesellschaft (Europa) findet entweder praktikable tragfähige Lösungen für die verschiedenen Politikfelder oder es kommt zu einer neuen Festlegung auf untaugliche Lösungen. Und das hätte zur Folge, dass das Neue und Bessere, das latent vorhanden ist, nach der Festlegung auf falsche Lösungen und Ziele für die Dauer dieser Phase nicht zum Zuge kommen können. Erst wenn eine allgemeine Unzu-

friedenheit mit den gesellschaftlichen Festlegungen über das richtige Handeln und Denken in Teilbereichen oder in der Gesamtgesellschaft stark ansteigt, kann sich wieder eine Phase des Suchens etablieren.

Dieser Gedankengang ist nur eine Hilfskonstruktion, die von einer früheren Beschäftigung mit der Gruppendynamik geprägt ist und soll nur zu einem bessern Verständnis führen, warum zu bestimmten Zeiten sich gesellschaftliche Einstellungen und Neuerungen, wie von selbst etablieren und in anderen Zeiten nicht. In Zeiten der Festlegungen (Fixierungen von Lösungsvorstellungen für gesellschaftliche Probleme) ist es eine Kraftvergeudung, gesellschaftliche Neuerungen einführen zu wollen. In solchen Phasen hat es nur Sinn, die inhaltlichen Positionen zu klären und sich in den Trägergruppen die Neues in die Politik einbringen wollen, auf die nächste Phase des gesellschaftlichen Suchens vorzubereiten. Wenn es richtig ist, dass unsere Gesellschaft jetzt wieder auf der Suche nach Lösungen ist, dann muss die Freiwirtschaft jetzt gedankliche Angebote machen und nicht erst, wenn alles wieder für Jahrzehnte festgeschlüsselt wurde, um dann zu jammern, dass uns keiner seine Ohren schenkt.

Ich schätze, meine Überlegungen sind keine beliebigen gedanklichen Spekulationen. Die ersten Freiwirte (Gesell, Blumenthal u. a.) haben bei den Überlegungen zur politischen Durchsetzung der Freiwirtschaft sich ganz richtig die Frage gestellt, wer den meisten Nutzen von der Einführung der Freiwirtschaft hat. Das waren von der Zahl und von der Lebenssituation hergesehen die Arbeiter (Arbeitnehmer). Nur wurde übersehen, dass diese gar nicht das freiwirtschaftliche Lösungsangebot aufnehmen konnten, weil sie auf den marxistischen Lösungsweg bereits festgelegt wurden, und zwar so fest, dass diese Festlegung bis heute nachwirkt. Man kann z. B. der SPD abnehmen, dass sie sich erneuern möchte. Aber immer noch gaukeln Bilder von Lösungswegen in ihren Köpfen, die sich als untauglich erwiesen haben. Anders betrachtet: Wenn Gesell vor Marx seine Erkenntnisse hätte erarbeiten und verkünden können, dann – so meine Vermutung – bräuchten wir uns heute nicht mehr den Kopf über die Einführung der Freiwirtschaft zu zerbrechen. Wir hätten sie dann schon lange.

In der Geschichte der Freiwirtschaft sehe ich folgende Zeitfenster, in der dieses Gesellschaftsmodell sicher in tragfähigen Teilen unserer Gesellschaft hätte verankert werden können:

Das 1. Zeitfenster war wohl das Ende des 1. Weltkrieges bis zur Verabschiedung der Verfassung vom August 1919.

Das 2. Zeitfenster war Ende der 20er bis Anfang der 30er Jahre.

Das 3. Zeitfenster war nach dem Ende des 2. Weltkrieges.

Der 68er Protest war für uns kein Zeitfenster, obwohl einige NWO-Freunde dort auch aktiv waren.

Das 4. Zeitfenster war, als die grüne Bewegung aufkam.

Das 5. Zeitfenster war, als die DDR zusammenbrach.

Das 6. Zeitfenster erleben wir jetzt, ohne es richtig wahrzunehmen.

Wie waren die Chancen im jeweiligen Zeitfenster und wie sind sie im jetzigen?

Im 1. Zeitfenster waren die Chancen gering, weil die Arbeiterschaft und auch Intellektuelle schon auf dem marxistischen Weg waren und noch nicht die Schlaglöcher und Felsbrocken auf diesem Weg erlebt hatten. Und die Zahl der Freiwirtschaftsvertreter war einfach zu klein, um wahr- und ernst genommen zu werden.

Im 2. Zeitfenster gab es durchaus zahlreiche NWO-Aktivisten, die sich stark eingesetzt haben. Aber hier vermute ich schon die bis heute wirksame Schwäche der NWO-Bewegten, nämlich die Unfähigkeit der kleinen Gruppen und Einzelwirker, sich für bestimmte Aufgaben zu einer abgestimmten Wirkungsgemeinschaft zusammenzufinden.

Ich habe das Bild von der freiwilligen Feuerwehr vor Augen. Jedes Mitglied geht seinem eigenen Erwerb nach. In vereinbarten Zeiten üben sie die einzelnen Funktionen und die Koordinationstechniken ein, die im Ernstfall wie von selbst ablaufen, um bei einem bestimmten Signal zur Sammelstelle zu eilen, dann zum Brandort zu fahren und dort das Feuer zu löschen. Eine solche systematische Einübung von Funktionen hat es in der Freiwirtschaft bis heute nicht gegeben.

Auch wurde bei dem Versuch nach dem Scheitern in der Weimarer Republik, den Nationalsozialismus umzukrempeln, sowohl die Anziehungskraft der NWO durch die leidende Bevölkerung (die einen Ausweg suchte) und die Heilwirkung von NWO-Wirtschaftsreformen auf die falsche Weichenstellung in anderen gesellschaftlichen Bereichen überschätzt. Und bis heute scheint mir die Tatsache, dass die Freiwirtschaft ein auf Freiheit getrimmtes gesamtgesellschaftliches Modell ist, nicht genügend durch ihre Anhänger verinnerlicht zu sein. Freiheit

kann nicht mit Zwangsmaßnahmen erreicht werden und die Verteilungsgerechtigkeit kann nicht mit administrativen Mitteln erreicht werden. (Hinweis auf eine erforderliche Ordnungspolitik.)

Im 3. Zeitfenster konnten die bestehenden Chancen durch die nachkriegsbedingten Einschränkungen nicht voll genutzt werden. Aber der gute Ansatz mit der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) ist nach meiner Einschätzung auch aufgrund mangelnder Fähigkeit, sich in das Konzept hineinzudenken und aus freiwirtschaftsinterner, ideeller Eifersüchteleien gescheitert. Denn wäre das ganze bestehende Volumen der NWO-Freunde eine Stütze der ASM-Aktivisten gewesen, dann hätten diese nicht aus ihrer eigenen Gründung verdrängt werden können. Hier ist aber auch anzumerken, dass ein aktiver Teil der Freiwirtschaftler durch ihren Wohnsitz in der SBZ (Sowjetische Besatzungszone) kalt gestellt und isoliert (z. T. im Gefängnis) waren.

Im 4. Zeitfenster hat sich das wiederholt, was im dritten Zeitfenster geschehen ist. Der Unterschied liegt vor allem in dem Instrument, das zur Förderung der Einführung der NWO geschaffen werden sollte.

Im 5. Zeitfenster zur Zeit des Zusammenbruchs der DDR, waren einzelne NWO-Freunde durchaus in der Lage, schnelle und gute Stellungnahmen zu verfassen, aber es gab keinen Organisationsapparat der die freiwirtschaftlichen Empfehlungen zu den Bürgern brachten, die von ihnen in ihrem politischen Verhalten hätten Gebrauch machen können.

Es lassen sich in der allgemeinen Geschichte der Ideen sicher Beispiele dafür finden, wo sich eine Idee wie von selbst verbreitet hat. Es ist daher nicht ganz unseriös, wenn wir davon ausgehen, dass unserer Idee dieses Glück auch einmal zuteil wird. Aber darauf zu setzen, dass das auch bei der großen Konkurrenz der Ideen, die besteht, auch wirklich geschieht, ist irrational. Im Vereinigungsverfahren der beiden deutschen Republiken hätte der Einsatz für die NWO über den Kampf für eine entsprechende Verfassung gehen müssen. Aber der Verfassungsverrat der westdeutschen Parteien einschließlich der Verfassungsorgane und des Verfassungsgerichtes wurde von der Mehrheit der NWO-Freunde hingenommen wie jener am Ende der Weimarer Republik. Auch die jetzt abtretende Generation hat weiter vor sich hin gewurstelt wie jene in der Übergangszeit von der Weimarer Republik auf die NS-Herrschaft, als sei

nichts geschehen. Wir können uns dabei nicht gewiss sein, dass das gottlob nicht solche Folgen hat, wie Anfang der 30er Jahre, denn der politische Prozess des Umbruchs läuft diesmal langsamer und ist noch lange nicht abgeschlossen.

Wie sieht es im 6., dem jetzigen Zeitfenster aus? Trübe! Die Frage, ob wir aus unserer freiwirtschaftlichen Geschichte gelernt haben, ist mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Wir waren immer noch nicht fähig, eine freiwillige Feuerwehr für ökonomische und gesellschaftsgestalterische Brennpunkte aufzubauen. Wir sahen ohnmächtig zu, wie über Jahrzehnte Millionen von Menschen in der Arbeitslosigkeit verharren mussten, wie sich die Schere zwischen Reich und Arm weiter öffnete, wie der durch die Zinslast ausgelöste Wachstumsdruck keine Rücksicht auf die ökologischen Belange ließ, wie andere Völker in Not gerieten und wie die Gesellschaft der Freien² durch das Wuchern des Staates immer mehr zu einer Utopie wurde. Und was genauso schlimm ist, die Geldreformer wissen nicht mehr, was Geld ist. Die Geldreform droht wie ein Kartenhaus zusammenzustürzen. Das Bodenrecht gewinnt erst in letzter Zeit neue Aufmerksamkeit, droht aber von der Freiwirtschaft abgekoppelt zu werden.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich will hier kein Klagelied vortragen, sondern ich versuche nur, eine Bestandsaufnahme zu machen. Dazu gehört auch, dass im Archiv für Geld- und Bodenreform für jedes Jahrzehnt – wenn nicht für jedes Jahr – seit Gesells Wirken seitens freiwirtschaftlicher Personen oder Organisationen gute Arbeiten zur Lage der Freiwirtschaft, unserer Gesellschaft oder der Welt vorgelegt wurden. Sogar in Zeiten der NS-Herrschaft wurde für die Zeit danach gedacht und geschrieben. Wir haben schon so viele Enttäuschungen erlebt, dass die Angst vor neuen Enttäuschungen uns nicht mehr lähmen sollte. Es gibt ja auch immer wieder kleine Lichtblicke in unserer Arbeit und wenn der eine oder andere Freund der NWO müde wird oder stirbt, sind immer noch neue Freunde hinzugekommen.

Wir haben keine Möglichkeit, freiwirtschaftliche Reformen machtpolitisch durchzusetzen – und das ist gut so. Wir können auch keine Partei einfach überreden, ein freiwirtschaftliches Programm zu verfolgen – auch das ist gut so. Was wir leisten können, ist, dass wir uns klarer werden, was wir eigentlich mit der Idee der Freiwirtschaft verbinden. Nach meinem Eindruck wandern wir in dieser Beziehung als Gemeinschaft von Gruppen und Einzelwirkern im Nebel, weil das, was die Freiwirtschaft ausmacht, nie systematisch den Menschen vermittelt wurde,

2 Ein Begriff, den ich bei Franz Oppenheimer, „Der Staat“ aufgegriffen habe. Franz Oppenheimer war der Lieblingslehrer von Ludwig Erhard.

die sich zu einer der NWO-Gruppen gesellt haben.

Weil die Freiwirtschaft durch entschuldbares sektiererisches Verhalten und durch Diffamierungen in Verruf gekommen ist, bzw. die Begriffe Freiwirtschaft, Natürliche Wirtschaftsordnung und auch der Name Silvio Gesell als Hemmnis in der Werbung für die Idee gehalten wurde (wird), haben sich Gruppen mit anderen Namen und Vokabular um diese Idee gebildet. Die erwartete Befreiung von dem politischen Ballast der Freiwirtschaft und der Schutz vor Verleumdungen der NWO-Gegner und Feinde dürfte aber nur sehr begrenzt sein, denn diese haben für freiwirtschaftliche Gedankengänge eine sehr ausgeprägte Witterung. Die organisatorischen Verkleidungen und Anreicherungen mit anderen Anliegen macht es dem allgemeinen Publikum aber sehr schwer, die Grundideen der Freiwirtschaft als eine gesellschaftsrelevante Gestaltungskraft zu erkennen. Zum Teil wird der Zusammenhang der Gruppen auch durch Doppel- oder Mehrfachmitgliedschaften hergestellt. Der Nachteil ist hier, dass keine Gruppe ihre tatsächliche Stärke oder Schwäche richtig einschätzen kann. Wenn mehrer Mitglieder auf mehreren Hochzeiten tanzen, kann keine Gruppe einen eindrucksvollen Formationsanstanz präsentieren.

Einer unserer Fehler war und ist wohl auch, dass wir annahmen und annehmen, dass wir unsere Einsicht in die Bedeutung der Währungszusammenhänge und der Bodenrechtsproblematik durch ein paar Artikel, Schriften oder durch mündliche Hinweise auf andere Zeitgenossen übertragen konnten oder können. Wenn das so wäre, dann müssten freiwirtschaftliche Organisationen Mitgliederzahlen in zehntausender Größe haben. Die isolierten Boden- und Geldthemen sind vermutlich den meisten Menschen zu materialistisch oder zu speziell und haben keine emotionale Anziehungskraft. Der Ansatz des SffO die Ökonomie im Zusammenhang mit der Gesamtgesellschaft darzustellen und zu bearbeiten, war schon richtig, konnte aber wohl nicht erfolgreich von der Gründergeneration auf die Nachfolger-Generation übertragen werden. (Das ist ein Sachhinweis und keine Kritik.)

Ich denke, die Arbeit an und mit der NWO ist eine Arbeit an der Verfassung der Gesellschaft, in der sie eingeführt werden soll. Die Verfassung ist leider kein Thema, für das wo die Bürger sich massenweise interessieren. Aber das Interesse an Verfassungsfragen ist sicher hundertfach stärker als an den nackten Boden- und Geldthemen. Im Protokoll der Tagung des (alten) Freiwirtschaftsbundes von 1952, in der die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft ge-

gründet wurde, gibt es den Gliederungspunkt mit folgendem Wortlaut: „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“. Es zeigt, dass wenigstens Anfang der 50er Jahre ein Bewusstsein dafür vorhanden war, dass die Ökonomie für eine Gesellschaft einen Verfassungsrang hat. Dabei halte ich es aber nicht für richtig, der Wirtschaft eine gesonderte Verfassung zu geben, sondern die verfassungsrechtlichen Aussagen zur Wirtschaft müssen Teil der Gesamtverfassung werden. Die Kultur, das Recht und die Wirtschaft bilden eine gesellschaftliche Einheit, die nur zur besseren gedanklichen Durchdringung in Teile aufgelöst werden sollten. Die Idee mit der gesonderten Wirtschaftsverfassung rührt vielleicht auch daher, dass das Grundgesetz keine spezifische Wirtschaftsordnung vorschreibt, wie der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Ernst Benda, in einer Tagung der Ev. Akademie Loccum einmal sagte. Das halte ich aber für einen Gedankenfehler, der nicht die Implikationen der beiden reinen Wirtschaftsordnungen, der Zentralverwaltungswirtschaft und der Marktwirtschaft berücksichtigt. Der Katalog der Grundrechte lässt sich nicht im Modell der Zentralverwaltungswirtschaft realisieren. Es bleibt für eine demokratische Verfassung nur die Marktwirtschaft. Leider ist es so, dass diese fast bis zur Unkenntlichkeit deformiert werden kann. Diese Deformationen kenntlich zu machen und Wege zur ihrer Aufhebung aufzuzeigen, ist die Aufgabe der Freiwirtschaftsschule.

Wenn unser selbstgewählter Auftrag ist, über die Wirtschaft und ihr Verhältnis zur Demokratie nachzudenken, dann ist es auch unser Auftrag, über das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat nachzudenken. Der Staat als Dienstleister der Gesellschaft und ihrer Mitglieder trägt in sich die Tendenz, ihr Herrscher zu werden. Und je größer die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen sind, um so mehr neigen die Menschen dazu, dem Staat als vermeintlichen Wohltäter zu fördern und zu fordern. Aber die staatliche Bürokratie hat von sich aus die Neigung, sich auszudehnen, wenn diesem Streben kein Riegel vorgeschoben wird. Diese Riegel werden aber nicht wirksamer sein, wie jene gegen die Monopolisierung der Wirtschaft, wenn sie nur ein rechtlich unzureichendes Instrument sind. So wie die Wirtschaft Reformen bedarf, die die rechtlichen Riegel überflüssig machen, so muss auch das Leben der Bürger so gestaltet werden, dass es immun gegen staatliche Beherrschung wird.

Marx' Erwartung war ja, dass der Staat abstirbt und dass sich das Reich der Freiheit zu Lasten der Notwendigkeit ausdehnt. Da er den Weg dahin nicht beschrieben hat, haben sich die Marxisten einen ausgesucht, der in die entgegengesetzte Richtung führte.

Im Nachwort der 1990 erschienenen Auflage von Franz Oppenheimers Buch „Der Staat – Eine soziologische Studie“ von 1907 schreibt Hans-Jürgen Degen:

Franz Oppenheimer deutet die Geschichte als die eines »Selbstdomestikationsprozesses«. Ziel aber auch Ende der bisherigen Geschichte ist deshalb für ihn die herrschaftslose Ordnung der »Freibürgerschaft«: eine Welt mit nur noch gesellschaftlich notwendiger Bürokratie, ohne staatliche Organisationen und Exekutive, ohne Militarismus und Staatsgrenzen - eine Weltgesellschaft freier und friedlicher Völker. Die Basis dieser von Armut, Unterdrückung und jeglicher Ausbeutung freien Gesellschaften sind »freie Eigentümer«: Nur diese sind wirklich »frei« und deshalb können nur sie nach den Gesetzen der gegenseitigen Gerechtigkeit leben. (S. 143)

Da die Marktwirtschaft aber kein Naturprodukt ist, sondern nur mit einem Netz von Normen funktionieren kann, ist es auch nicht möglich, jegliche Organisationen, die wir als Staat oder mit einem anderen Begriff für kleinere oder größere Gebiete bezeichnen, aufzulösen.

Proudhons Begriff vom Anarchismus meint auch nicht Gesetzlosigkeit und zielt auch nicht auf die Abschaffung des Staates, sondern auf die Überwindung der Herrschaft sowohl in der Wirtschaft wie durch den Staat.

Bei José Ortega Y Gasset ist in seinem Buch „Der Aufstand der Massen“, 1950, zu lesen:

Herrschaft ist die normale Ausübung der Macht. Sie gründet sich immer auf die öffentliche Meinung - immer, heute wie vor zehntausend Jahren, bei den Engländern wie bei den Botokuden. Noch kein Herrscher in der Welt hat seine Herrschaft im wesentlichen auf etwas anderes als die öffentliche Meinung gestützt. (S. 138)

Will man daher das Gesetz der öffentlichen Meinung als Gravitationsgesetz der Geschichte in voller Allgemeinheit aussprechen, so kommt man unter Berücksichtigung des letzten Falls zu einer Formulierung, die mit dem altbekannten, ehrwürdigen und treffenden Gemeinplatz übereinstimmt: man kann nicht gegen die öffentliche Meinung herrschen.

Das führt uns zu der Einsicht, daß herrschen Vorherrschaft einer Meinung, also einer Geisteshaltung bedeutet, daß Herrschaft letzten Endes nichts anderes ist als geistige Macht. Die historischen Tatsachen bestätigen das. Jede primitive Herrschaft hat sakralen Charakter, denn sie gründet sich auf religiöse Vorstellungen, und religiöse Vorstellungen sind immer die erste Form, unter der das erscheint, was später Geist, Idee, Gedanke, kurz das Immaterielle und Metaphysische sein wird. (S.139)

Diese Überlegungen machen deutlich, dass wir mit unserer alleinigen Konzentration auf die Geld- und Bodenrechtsthemen nicht den nötigen Einfluss gewinnen können, aber auch, dass wir auf die öffentliche Meinung als Basis der Herrschaft so einwirken müssen, dass diese

möglichst immer ein realistisches Verlangen nach Freiheit und Gerechtigkeit beinhaltet. Es ist ein gigantisches Ringen der Ideen um den Thron der öffentlichen Meinung.

Klar sollte aber auch geworden sein, dass Gesells literarischen Versuche mit dem „Abbau des Staates“ oder „Der abgebaute Staat“, keine Schnappsidee, keine Peinlichkeiten und keine Parteiprogramme sind, sondern Versuche, anhand von Gedankenmodellen den Umfang und die Grenzen des Staates zu bestimmen. Wir selber können Gesell nicht einfach kopieren, sondern müssen in einer veränderten Welt, die auch Dauerhaftes in sich birgt, zu einem eigenen Bild von einem dienenden, schmalen aber starken Staat kommen.

Diese Aufgabe stellt sich den Freunden der NWO nicht zum ersten Mal. Karl Walker schreibt in seinem autobiografischen Beitrag „Ich über mich“ (Karl Walker – Ausgewählte Werke, 1995, Seite 24):

Inzwischen begann Rudolf Zitzmann in Lauf den Neuaufbau seines Verlages. Es war ihm im „Dritten Reich“ übel mitgespielt worden - 6 Jahre KZ-Haft, Liquidierung des Verlages und vollständiges Berufsverbot hatten ihn betroffen. - Jetzt war er aber wieder da. Bereits 1946 erschien mein erstes Schriftchen „Überwindung des Imperialismus“. Und dann saß ich in dem grausam kalten Winter 1946/47, meist ohne Heizung und dick eingemummt mit *Handschuhen*, in meiner Lichterfelder Wohnung an der Schreibmaschine und war besessen von einer Einsicht - die ich nachher zu meinem Bedauern nur bei ganz wenigen meiner alten Freunde aus der Gesell-Bewegung anbringen konnte. Mein nächstes Schriftchen „Demokratie und Menschenrechte“ war nämlich in meinen Augen wichtiger als alles, was ich vorher geschrieben hatte. Das betrifft den Inhalt, nicht die Form. Das Ganze war ja nur der erste Schritt auf dem Neuland einer Erkenntnis, die mich so wenig wieder losließ, wie Gesells Wirtschaftstheorie. Es sind für mich Dinge, die zusammengehören, weil sonst - was ich hier nur aussprechen, jedoch wegen der Fülle des notwendigen Beweismaterials nicht belegen kann - die natürliche Wirtschaftsordnung ein unerreichbares Ideal bleiben wird. Kurz gesagt: Wir haben die Dinge jahrzehntelang falsch angepackt. Die Theorie ist richtig, aber sie muß soziologisch anders realisiert werden, als wir es uns s. Zt. dachten. Ich streite mit niemanden darüber, ob ich recht habe oder nicht; es ist nicht Vorbedingung, gleich Mehrheiten und Massen in Bewegung zu bringen. Hier genügen Minderheiten geistiger Verwandtschaft.

Der freiwirtschaftliche Verlag von Rudolf Zitzmann brachte 1953 auch das großformatige, rund 340 Seiten umfassende Werk von Burton J. Jendrick mit dem Titel „*Bollwerk der Republik – Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung*“ heraus. Auch dieses kann als ein Versuch, die Arbeit für die NWO mehr mit der Verfassungsarbeit zu verbinden, gedeutet werden.

Unter der Leitung von Beate Bockting wurde in „Fairconomy“ zu dem Beitrag „Land – gemeinsames Erbe oder Privateigentum? Von Prof. T. Nicolaus Tideman, USA, eine Abbildung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung in englischer Sprache eingefügt. Hier werden zum ersten Mal 1776 von Thomas Jefferson die allgemeinen Menschenrechte formuliert. Ich hätte auch für den Zweck die Fassung vom 4. Juli 1776 in deutscher Sprache liefern können. (Ich hänge sie an.) Sie befindet sich nämlich in dem Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums in Berlin über die Ausstellung „Im Namen der Freiheit, Verfassung und Verfassungswirklichkeit in Deutschland, 1849, 1919, 1949, 1989“. ³

In meinem Text 11.0 „Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf“ gehe ich ab der Seite 22 auf zwei Berichte ein, die die amerikanische Verfassung berühren. (<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/11.0%20Gebt%20die%20Rolle%20der%20Verfassungspiraten%20auf.pdf>)

In DAS GESPRÄCH AUS DER FERNE versucht Hans Dolezalek, Alexandria, USA, folgende Frage zu beantworten:

"Verspricht die amerikanische Verfassung den Menschen das Glück?" Unausgesprochen gehen wir doch davon aus, daß zur Voraussetzung menschlichen Glücks Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gehören. Er antwortet: "Das habe ich in Deutschland oft behaupten gehört - und das hat mich erst verblüfft. Denn es stimmt gar nicht, und es ist sogar schwer zu verstehen, wie es zu dieser Meinung kommen konnte.

Von der Virginia Declaration of Rights vom Juni 1776 leiten sich alle späteren Menschenrechtserklärungen her.⁴ Sie werden manchmal im ursprünglichen Sinn ihres Verfassers, George Mason, mißverstanden oder auch bewußt verfälscht. Das persönliche Glück kommt gleich im ersten Artikel vor, den man auf Englisch kennen sollte:

'That all men are by nature equally free and independent, and have certain inherent rights, of which, when they enter into a state of society, they cannot, by any compact, deprive or divest their posterity; nainely, the enjoyment of life and liberty, with the means of acquiring and possessing property and pursuing and obtaining happiness and safety.'

Mit anderen Worten: es ist ein ererbtes Recht des Menschen, sein Glück anzustreben und zu erreichen. Der Staat z.B. darf ihn daran nicht hindern, solange er das gleiche Recht für die anderen achtet (all man are ...). Aber eben: er muß es schon selber tun - der Staat schenkt ihm nichts. Der Staat verspricht ihm auch

3 Die Ausstellung lief vom 18. September 2008 bis zum 11. Januar 2009. In dieser Zeit hatte meine Frau ein paar Tage in Berlin beruflich zu tun und meine Tochter Janne und ich haben die Gelegenheit genutzt, mit nach Berlin zu fahren. Dabei haben wir auch das Deutsche Historische Museum besucht und den Katalog erworben. Das Tolle war, dass plötzlich ein Mann von der gegenüberliegenden Seite in einer Halle rief: „Sind sie Tristan Abromeit?“ Es war W. R., der dort den IT-Bereich leitet und die Internetseite www.geldreform.de eingerichtet hat. Es war für mich und meine Tochter eine erfreuliche Begegnung. Er hat sich wohl resignierend über die Entwicklung unserer Bemühungen zurückgezogen.

4 https://de.wikipedia.org/wiki/Virginia_Declaration_of_Rights
https://de.wikipedia.org/wiki/Unabh%C3%A4ngigkeitserkl%C3%A4rung_der_Vereinigten_Staaten

nicht, daß er sein Glück erreicht, nur daß er es anstreben darf und, wenn es ihm gelingt, daß er es behalten darf.

Zunächst: Wer meint, daß in Amerika die Verfassung einem das Glücklicherweise verspricht, der hat 'Amerika' grundsätzlich nicht verstanden. Die Europäer, die sich da in einem neuen Kontinent niederließen, waren von einem ererbten Mißverständnis sehr schnell befreit: Es gibt keinen großen Brotlaib im Besitz von irgendwelchen Menschen, von dem 'sein Teil' zu bekommen der Mensch berechtigt sei. Es war dort drüben offenbar, daß der Staat, wenn er einem etwas geben wollte, es jemand anderem wegnehmen mußte. Der Pfennig, den einer bekommt, ohne ihn verdient zu haben, ist (im Grunde) allemal ein Pfennig, den ein anderer verdient hat, ohne ihn zu bekommen. Und wenn der Staat einem ein spezielles Recht gibt, etwa Zugang zu eigenem Land oder zu einem Bodenschatz, versagt er allen anderen eben dieses Recht.

In der obigen Deklaration wird festgestellt, daß der Mensch von Natur her das Recht hat, Eigentum zu erwerben und zu besitzen. Dieses Recht ist eine notwendige Folge der Freiheit des Menschen: Wer gar nichts hat, ist ein Sklave derer, die ihm geben können, was er braucht." 14)) 15))

Über die Internationale Arbeitsorganisation (IAO oder ILO) berichtet Dirk Schütz im TAGESSPIEGEL vom 24. 3. 1993:

"Grundlage der 1919 gegründeten IAO, die später die erste Sonderorganisation der Vereinten Nationen wurde, ist die 'Erklärung von Philadelphia' aus dem Jahr 1944.

'Alle Menschen, gleich welcher Rasse, welchen Glaubens oder welchen Geschlechts, haben das Recht, materiellen Wohlstand und geistige Entwicklung unter gleich günstigen Bedingungen in Freiheit und Würde und wirtschaftlicher Sicherheit zu erstreben', heißt es. Und weiter: 'Armut, wo immer sie besteht, gefährdet den Wohlstand aller.' "

Die Freiheit, die Würde und die wirtschaftliche Sicherheit der Menschen sind mit dem Ausbau des staatsinterventionistischen Systems aber nicht vermehrt, sondern immer mehr reduziert worden. Die Korrektur kann auch nicht dadurch erreicht werden, wenn man in die neue Verfassung schreibt, der Mensch habe einen Anspruch auf ein Mindesteinkommen, auf einen Arbeitsplatz und eine Wohnung. Ein solches Versprechen kann in der Konsequenz ein Platz im Gefängnis sein. Was in die Verfassung gehört, ist der ständige Auftrag an Legislative und Exekutive, alles aus dem Weg zu räumen, was dem Einlösen des Versprechens der zitierten amerikanischen Verfassung und der Erklärung von Philadelphia im Wege steht. Es sind wenige ordnungspolitische und sozialökonomische Entscheidungen mit ideologiesprengender und staatsreduzierender Wirkung erforderlich. Wir müssen uns klar machen: Da wo Staatsherrschaft (und auch die Herrschaft von privatrechtlichen Monopolen und Kartellen) die Gestaltungsräume ausfüllt, kann sich keine Bürgerfreiheit entfalten. Wolfgang Ullmann zitiert das Markus-Evangelium, Kap. 10, 42 ff. "wo Jesus sagt: Bei Euch Jüngern darf es nicht so sein

wie bei den Herrschern, die ihre Völker unterwerfen." 16)) Ein Jesus in unserer Zeit würde das Wort "Jünger" sicher auswechseln gegen "Demokraten" oder "Parlamentarier".

Ich denke, ich habe unsere Aufgabe genügend verdeutlicht. Unsere Situation, in der wir stecken ist dabei mehr als bescheiden. Wir können nicht einmal auf eine Zahl von Lehrstuhlinhabern verweisen, wie Finger an einer Hand zu zählen sind. Wenn einer von uns einen Vertreter einer großen Organisation mit Einfluss – sei es eine Gewerkschaft, Kirche oder Arbeitgeberorganisation - einfällt, der hinter unserem Anliegen steht oder wenigstens Verständnis dafür hat, dann ist das ein Glücksfall. Von Spenden aus dem Bereich der Genossenschaftsbanken und Sparkassen habe ich auch noch nie etwas gehört, obwohl wir zu ihrer Ehrenrettung und ihrem Geschäftsbereich einiges beitragen oder beitragen können. Eine Partei zu gründen oder eine vorhandene zu unterstützen, damit wir so unser Anliegen in die Parlamente bringen, halte ich für Zeit- und Kraftverschwendung, weil die Wähler, die diese Partei wählen sollen, nur Bahnhof verstehen.

Was wir machen können, ist unsere unterschiedliche Arbeit weiter zu führen wie bisher und uns dabei bemühen, uns qualitativ zu steigern. Das bringt uns aber nicht den Durchbruch. Was wir aber machen können, ist ein gemeinsames Manifest zu fertigen, das weder die Parlamente, die Medien noch die Hochschulen ignorieren können und das den Wählern eine Messlatte für die inhaltlichen Angebote der Parteien ist.

Die erste Frage ist, ob wir gruppenübergreifend dazu noch den Willen aufbringen können, denn als erstes werden die schon gescheiterten Versuche in der Vergangenheit benannt werden. Die zweite Frage ist, ob wir noch in den verschiedenen freiwirtschaftlichen Gruppen wenigstens ein Dutzend Personen finden, die noch wirklich freiwirtschaftlich denken und schreiben können. Die dritte Frage ist, ob im Fall, dass die Fragen 1 und 2 mit Ja beantwortet werden können, eine Einigung über den Inhalt eines solchen Manifestes erzielt werden kann. Denn für einen Beitrag, der in einem braven Sonntagsblatt stehen könnte, lohnt sich die Mühe nicht. Die vierte Frage ist, ob wir eine solche Manifestation des freiwirtschaftlichen gemeinsamen Willens zu einer Zeit erstellen können, wo das Zeitfenster für eine solche Botschaft offen ist. Anregungen können in früheren Manifesten gegeben werden. Vermutlich ist das von Walker formulierte Manifest der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft zu finden.⁵

⁵ Es ist hier zu lesen: Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil / Dokumentation 4 / Seite 28
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.4%20OB%20Lt.%20Doku%2004.pdf>

Es gibt aber auch ein Manifest oder Positionspapier, das von einer Gruppe im Zusammenhang mit dem SffO erarbeitet wurde. Mir fällt aber nicht der Titel ein und ich weiß auch nicht, wo ich es abgelegt habe. Aber darüber könnten andere NWO-Freunde berichten – auch über seine Wirkungsgeschichte. Ein neues Manifest müsste für die intellektuellen Köpfe interessant und für den „einfachen“ Wähler verständlich sein. Es darf aber auch das Versagen beider Gruppen zum Ausdruck bringen. TA

Anhängend auf der nächsten Seite als PDF-Bild. Text ist lesbar, wenn er auf dem Bildschirm vergrößert wird.:

„Eine Erklärung durch die Repräsentanten der Vereinigten Staaten von Amerika im General-Congreß versammelt“ 4ten July 1776 in deutscher Sprache. Übernommen aus: „*Im Namen der Freiheit / Verfassung und Verfassungswirklichkeit in Deutschland*“ Katalog de Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Berlin vom 18. September 2008 bis 11. Januar 2009.

Ergänzung vom 17. 11. 2018:

Anselm Rapp aus München schickte Links zu der Verfilmung des „Wunders von Wörgl“.

https://de.wikipedia.org/wiki/Das_Wunder_von_W%C3%B6rgl

<https://tvthek.orf.at/profile/Tirol-heute/70023/Tirol-heute/13995526/Vorpremiere-fuer-Das-Wunder-von-Woergl/14397707>

<https://tv.orf.at/program/orf2/20181208/833744401/>

Im Congress, den 4ten July, 1776.

Eine Erklärung durch die Repräsentanten der Vereinigten Staaten von America, im General-Congress versammelt.

Wenn es im Lauf menschlicher Begehren für ein Volk nöthig wird die Politischen Bande, wodurch es mit einem andern verknüpft gewesen, zu trennen, und unter den Mächten der Erden eine abgesonderte und gleiche Stelle einzunehmen, wozu sich die Befehle der Natur und des Gottes der Natur berechnen, so erfordert Anstand und Achtung für die Meinungen des menschlichen Geschlechts, daß es die Ursachen anzeige, wodurch es zur Trennung getrieben wird.

Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, daß alle Menschen gleich geschaffen worden, daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt worden, worunter sind Leben, Freiheit und das Bestreben nach Glückseligkeit. Daß zur Versicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingeführt worden sind, welche ihre gerechte Gewalt von der Einwilligung der Regierten ableiten; daß sobald einige Regierungsform diesen Endzwecken verderblich wird, es das Recht des Volkes ist sie zu verändern oder abzuschaffen, und eine neue Regierung einzuführen, die auf solche Grundsätze gegründet, und deren Macht und Gewalt solchergestalt gebildet wird, als ihnen zur Erhaltung ihrer Sicherheit und Glückseligkeit am schicklichsten zu seyn dünket. Zwar gebietet Klugheit, daß von langer Zeit her eingeführte Regierungen nicht um leichter und vergänglichere Ursachen willen verändert werden sollen; und demnach hat die Erfahrung von jeher gezeigt, daß Menschen, so lang das Uebel noch zu ertragen ist, lieber leiden und dulden wollen, als sich durch Umstossung solcher Regierungsformen, zu denen sie gewöhnt sind, selbst Recht und Hilfe verschaffen. Wenn aber eine lange Reihe von Mißhandlungen und gewaltsamen Eingriffen, auf einen und eben den Gegenstand unablässig gerichtet, einen Anschlag an den Tod legt sie unter unumschränkte Herrschaft zu bringen, so ist es ihr Recht, ja ihre Pflicht, solche Regierung abzuwerfen, und sich für ihre künftige Sicherheit neue Bewahren zu verschaffen. Dies war die Weise, wie die Colonien ihre Leiden geduldig ertragen; und so ist jetzt die Nothwendigkeit beschaffen, welche sie zwinget ihre vorigen Regierungssysteme zu verändern. Die Geschichte des jetzigen Königs von Großbritannien ist eine Geschichte von wiederholten Unrechtfertigkeiten und gewaltsamen Eingriffen, welche alle die Errichtung einer absoluten Tyrannie über diese Staaten zum geraden Endzweck haben. Dies zu beweisen, wollen wir der unparthischen Welt folgende Facta vorlegen:

Er hat seine Zustimmung zu den heillosen und zum öffentlichen Wohl nöthigsten Gesetzen verweigert.
Er hat seinen Gouvernors verboten, Befehle von unverzüglich und dringender Wichtigkeit heraus zu geben, es sey dann, daß sie so lange keine Kraft haben solten, bis seine Zustimmung erhalten würde; und wenn ihre Kraft und Gültigkeit so aufgehoben war, hat er solche gänzlich aus der Acht gelassen.

Er hat sich geweigert andere Befehle zu bekräftigen zur Bequemlichkeit von grossen Districten von Leuten, wofür diese Leute das Recht der Repräsentation in der Gesetzgebung nicht fahren lassen wollten, ein Recht, das ihnen unerschütterlich, und nur Tyrannen fürchterlich ist.

Er hat Gesetzgebende Körper an ungewöhnlichen, unbequemen und von der Niederlage ihrer öffentlichen Archive entfernten Plätzen zusammen berufen, zu dem einzigen Zweck, um sie so lange zu plagen, bis sie sich zu seinen Maaßregeln bequemen würden.

Er hat die Häuser der Repräsentanten zu wiederholten malen aufgehoben, dafür, daß sie mit männlicher Standhaftigkeit seinen gewaltsamen Eingriffen auf die Rechten des Volks widerstanden haben.

Er hat, nach solchen Aufhebungen, sich eine lange Zeit widersetzt, daß andere erwählt werden solten; wodurch die Gesetzgebende Gewalt, die keiner Vernichtung fähig ist, zum Volk überhaupt wiederum zur Ausübung zurück gefehret ist; mittlerweile daß der Staat allen äußerlichen Gefahren und innerlichen Zerwürfungen unterworfen blieb.

Er hat die Bevölkerung dieser Staaten zu verhindern gesucht; zu dem Zweck hat er die Befehle zur Naturalisation der Ausländer gehindert; andere, zur Beförderung ihrer Auswanderung hieher, hat er sich geweigert heraus zu geben, und hat die Bedingungen für neue Anweisungen von Ländern erhöht.

Er ist der Verwaltung der Gerechtigkeit verhindert gewesen, indem er seine Zustimmung zu Gesetzen verweigert hat, um Gerichtliche Gewalt einzusetzen.

Er hat Richter von seinem Willen allein abhängig gemacht, in Abticht auf die Bestätigung ihrer Aemter, und den Belauf und die Zahlung ihrer Gehalte.

Er hat eine Menge neuer Aemter errichtet, und einen Schwarm von Beamten hieher geschickt, um unsere Leute zu plagen, und das Volk ihres Vermögens zu verzehren.

Er hat unter uns in Friedenszeiten stehende Armeen gehalten, ohne die Zustimmung unserer Gesetzgebungen.

Er hat sich bemühet die Kriegsmacht von der Bürgerlichen Macht unabhängig zu machen, ja über selbige zu erhöhen.

Er hat sich mit andern zusammen gegen uns einer Gerichtsbarkeit, die unserer Landesverfassung ganz fremd ist, und die unsere Befehle nicht erkennen, zu unterwerfen; indem er seine Zustimmung zu ihren Acten angemaßter Gesetzgebung erteilt hat, nämlich, um große Haufen von bewaffneten Truppen bey uns einzulegen:

Um solche durch ein Schein-Verhör vor Bestrafung zu schützen für einige Mordthaten, die sie an den Einwohnern dieser Staaten begehen würden:
Um unsere Handlung mit allen Theilen der Welt abzuschneiden:

Um Taxen auf uns zu legen, ohne unsere Einwilligung.
Um uns in vielen Fällen der Wohlthat eines Verhörs durch eine Jury zu berauben:

Um uns über See zu führen, für angegebene Verbrechen gerichtet zu werden:
Um das freye System Englischer Befehle in einer benachbarten Provinz abzuschaffen, eine willkürliche Regierung darin einzuführen, und deren Grenzen abzuschließen, um selbige zu gleicher Zeit zu einem Exempel sowohl als auch zu einem geschickten Werkzeug zu machen, dieselbe absolute Regierung in diese Colonien einzuführen:

Um unsere Freiheitsbriefe uns zu entziehen, unsere kostbaren Befehle abzuschaffen, und die Form unserer Regierungen von Grund aus zu verändern:
Um unsere eigenen Gesetzgebungen aufzuheben, und sich selbst zu erklären, als wenn sie mit voller Macht versehen wären, uns in allen Fällen Befehle vorzuschreiben.

Er hat die Regierung alhier niedergelegt, indem er uns außer seinen Schutz erklärt hat, und gegen uns Krieg führt.

Er hat unsere Seen geplündert, unsere Küsten verheert, unsere Städte verbrannt, und unser Volk ums Leben gebracht.

Er ist, zu dieser Zeit, beschäftigt mit Herüberführung großer Armeen von fremden Miltär-Soldaten, um die Werke des Todes, der Zerkürung und Tyranny zu vollführen, die bereits mit solchen Umständen von Grausamkeit und Treulosigkeit angefangen worden, welche selbst in den barbarischsten Zeiten ihres Gleichen nicht finden, und dem Haupt einer gesitteten Nation gänzlich unanständig sind.

Er hat unsere auf der hohen See gefangene Mißbürger gezwungen die Waffen gegen ihr Land zu tragen, um die Henker ihrer Freunde und Brüder zu werden, oder von ihren Händen den Tod zu erhalten.

Er hat unter uns häusliche Empörungen und Aufstände erregt, und gestrebt über unsere Grenz-Einwohner die undarmherzigen wilden Indianer zu bringen, deren bekannter Gebrauch den Krieg zu führen ist, ohne Unterscheid von Alter, Geschlecht und Stand, alles niederzumetzeln.

Auf jeder Stufe dieser Drangsale haben wir in den demüthigsten Ausdrücken um Hilfe und Erleichterung geflehet: Unsere wiederholten Bittschriften sind nur durch wiederholte Beleidigungen beantwortet worden. Ein Fürst, dessen Character so sehr jedes einen Tyrannen unterscheidendes Merkmal trägt, ist unfähig der Regierer eines freyen Volks zu seyn.

Auch haben wir es nicht an unserer Achtsamkeit gegen unsere Britische Brüder er-mangeln lassen: Wir haben ihnen von Zeit zu Zeit Warnung erteilt von den Ursachen ihrer Gesetzgebung eine unverantwortliche Gerichtsbarkeit über uns auszuüben. Wir haben ihnen die Umstände unserer Auswanderung und unserer Niederlassung alhier zu Gemüthe geführt. Wir haben uns zu ihrer angeborenen Gerechtigkeit und Großmuth gewandt, und sie bey den Tugenden unserer gemeinschaftlichen Verwandtschaft beschworen, diese gemeinschaftlichen Eingriffe zu mißbilligen, welche unsere Verknüpfung und unsern Verkehr mit einander unvermeidlich unterbrechen würden. Auch sie sind gegen die Stimme der Gerechtigkeit und Blutsfreundschaft taub gewesen.

Wir müssen uns derothalben die Nothwendigkeit gefallen lassen, welche unsere Trennung ankündigt, und sie, wie der Rest des menschlichen Geschlechts, im Krieg für Feinde, im Frieden für Fremde, halten.

Indem wir, derothalben, die Repräsentanten der Vereinigten Staaten von America, im General-Congress versammelt, uns wegen der Nothlichkeit unserer Gesinnungen auf den allerhöchsten Richter der Welt berufen, so Verkündigen wir hienit öffentlich, und Erklären, im Namen und aus Macht der guten Leute dieser Colonien, Daß diese Vereinigten Colonien Freye und Unabhängige Staaten sind, und von Rechts wegen seyn sollen; daß sie von aller Pflicht und Treuegegenheit gegen die Britische Krone frey, und losgesprochen sind, und daß alle Politische Verbindung zwischen ihnen und dem Staat von Großbritannien hienit gänzlich aufgehoben ist, und aufgehoben seyn soll; und daß alle Freye und Unabhängige Staaten sie volle Macht und Gewalt haben, Krieg zu führen, Frieden zu machen, Allianzen zu schließen, Handlung zu errichten, und alles und jedes andere zu thun, was Unabhängigen Staaten von Rechts wegen zukommt. Und zur Behauptung und Unterstützung dieser Erklärung versprechen wir, mit bestem Vertrauen auf den Schutz der Göttlichen Vorsehung, und unter einander unser Leben, unser Vermögen und unser geheiligtes Ehrenwort.

Unterszeichnet auf Befehl und im Namen des Congresses,
John Hancock, Präsident.

Bescheiniget,
Carl Thomson, Secretär.